

# Alles auf eine Karte?

## Osttimors Rohstoffe zwischen Geopolitik, Wirtschaftsinteressen und nachhaltiger Unabhängigkeit

**Andrea Fleschenberg**

**»Diese Vereinbarung ist das Beste, was wir erreichen konnten«, verlautbarte der Premierminister von Osttimor, Mari Alkatiri. Ist dies Ausdruck von diplomatischem Erfolg, von Durchsetzung der eigenen Interessen oder Ausdruck der Kapitulation vor dem Übergewicht des australischen Verhandlungspartners und seiner geopolitischen und wirtschaftlichen Stärke – von David gegen Goliath?**

Mitte Januar 2006 wurde nach vierjährigem Tauziehen das neue Abkommen zwischen der australischen und der osttimoresischen Regierung unterschrieben. Es sieht einen Kompromiss vor, in dem sich beide Länder die Erlöse aus Erdöl- und Erdgasvorkommen teilen, die in einem Gebiet liegen, welches beide Länder hoheitsrechtlich beanspruchen. Mit der Unterschrift besiegelten beide Premierminister den Entschluss, den Grenzkonflikt um das Greater Sunrise-Feld für fünfzig Jahre ruhen zu lassen – während die Bodenschätze ausgebeutet werden und geschätzte 20 Milliarden US-Dollar (circa 16,5 Milliarden Euro) zu gleichen Teilen in die jeweiligen Staatskassen fließen sollen. Nach dem bisherigen Vertrag zwischen Australien und der ehemaligen Besatzungsmacht Indonesien hätte Australien ein Anrecht auf

achtzig Prozent der Erlöse. Nach der Unabhängigkeit verlangte Osttimor 2002 Neuverhandlungen über die Seegrenzen und damit über die Bodenschatzhoheit.

Das Abkommen muss nun noch von beiden Parlamenten ratifiziert werden. Während der schwierigen, teilweise erbitterten Auseinandersetzungen warfen der osttimoresische Präsident Xanana Gusmão und Mari Alkatiri der australischen Regierung vor, unrechtmäßig die Bodenschätze auszubeuten und verglichen diesen ungleichen Kampf mit dem Unabhängigkeitskampf von Indonesien.

### Entwicklungskennziffern für Australien und Osttimor

| Kennziffer   | Australien     | Osttimor         |
|--|----------------|------------------|
| Human Development Index (Wert/Rang)                | 0,955 / Rang 3 | 0,513 / Rang 140 |
| Bevölkerung ohne Zugang zu sicherem Wasser (%)     | –              | 48               |
| Geburten durch medizinisch geschultes Personal (%) | 100            | 24               |
| Lebenserwartung bei Geburt (Jahre)                 | 80,2           | 55,2             |
| Kindersterblichkeit (pro tausend Geburten)         | 6              | 87               |
| Pro-Kopf-Einkommen (US\$)                          | 29.632         | 550              |

Quelle: <http://hdr.undp.org/statistics/data/indicators.cfm?alpha=yes> (31.01.2006)

Anders als im Falle Australiens stellen die Rohstofflöse wahrscheinlich die wichtigste Einnahmequelle des jungen Staates in den kommenden Jahrzehnten und damit einen wichtigen Schritt in Richtung finanzieller Unabhängigkeit, weg vom Tropf der internationalen Staatengemeinschaft und Entwicklungsgeldern dar, die in den kommenden Jahren weiter zurückgehen werden. Im letzten Jahr wurde von der ostti-

moresischen Regierung ein Petroleum Fund gesetzlich verankert, der an das norwegische Modell angelehnt ist und als Investmentfund für den dringend notwendigen Infrastruktur- und Staatsaufbau dienen soll. Unklar ist weiterhin, wer zu den erwirtschafteten Erlösen noch die in beiden Ländern dringend benötigten Arbeitsplätze im Bereich der Rohstoffweiterverarbeitung schaffen kann. Dies hängt davon ab, in welches der beiden Länder die Rohstoffe gepumpt und wo die Raffinerien angesiedelt werden. Die meisten Vorkommen liegen näher an Osttimor, allerdings fehlt es hier an Infra-

struktur und technisch qualifiziertem Personal. Von der Weltbank wird angemahnt, dass die offizielle Korruption in Osttimor zunehme und der neue Regierungs- und Staatsapparat noch immer unsolid sei – ein Warnsignal, nicht dem Schicksal anderer rohstoffreicher Staaten mit bad governance wie Nigeria oder Papua-Neuguinea zu folgen.

In den letzten Jahren wuchs die Bevölkerung des kleinen

Inselstaates nach Schätzungen der Vereinten Nationen um 17,5 Prozent, so dass die Regierung mit abnehmenden Hilfgeldern mehr Menschen versorgen und die notwendigen Investitionen für den Staatsaufbau tätigen muss. Zudem konnte die Abhängigkeit von internationalen Hilfgeldern bisher nicht durch eine Ankurbelung der Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen durchbrochen werden. Außer den dringend erwarteten Einnahmen aus den genannten Rohstoffen ist Kaffee das Exportprodukt Nummer eins, wobei die Weltmarktpreise zurzeit nicht günstig stehen.

Bereits nach Bekanntwerden einer ersten Regierungsvereinbarung im Mai 2005 äußerte ein osttimoresischer Regierungssprecher, dass trotz der gemachten Fortschritte noch immer Differenzen bestünden. Kritisch wurde diese Nachricht bei nationalen und internationalen Aktivisten aufgenommen. Chip Henriss-Anderssen von der australischen Timor Sea Justice Campaign vermerkte: »Wir wären überrascht, wenn es sich dabei um einen fairen Deal für Osttimor handelt.« Von australischer Seite hieß es bereits im April, dass die osttimoresische Regierung auf ihre Forderung nach einer in der geografischen Mitte gezogenen Grenze für den Zeitraum von fünfzig Jahren verzichten und dabei einen finanziellen Ausgleich in der Höhe von 3,8 Millionen AustralischenDollar erhalten würde. Bei dem Geld handelt es sich um Tantiemen aus der Joint Petroleum Development Area (JPDA), die 1989 zwischen Indonesien und Australien vereinbart wurde. Laut Aussage des australischen Außenministers Alexander Downer vom 9. Oktober 2005 beläuft sich der von der osttimoresischen Regierung gegründete Petroleum

Fund mittlerweile jedoch auf 330 Millionen AustralischenDollar (circa 205 Millionen Euro), wobei der überwiegende Teil der Gelder aus Erträgen der JPDA stamme. Gemäß des im Jahr 2002 geschlossenen Vertrages erhält Osttimor 90 Prozent der Erdöleinnahmen aus der JPDA und somit, so Downer, in den nächsten zwanzig Jahren circa 15 Milliarden AustralischeDollar (circa 9,3 Milliarden Euro).

#### **Keine Klärung vor dem internationalen Seegerichtshof**

Kritisiert wurde zudem, dass sich die australische Regierung unter Premierminister John Howard grundsätzlich weigerte, die Grenzstreitigkeiten, wie von osttimoresischer Seite angeregt, vor dem Internationalen Seegerichtshof zu klären – trotz zahlreicher öffentlicher Proteste und massiver Kritik aus dem eigenen Land. Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit würde Australien nach völkerrechtlichem Verständnis den Seerechtsstreit verlieren und den Löwenanteil der Bodenschatzgewinnung an Osttimor abtreten müssen. Die britische Organisation OXFAM (wie auch Xanana Gusmão) warnte davor, dass Osttimor Gefahr laufe, sich zu einem failed state zu entwickeln, wobei Australien durch sein Verhalten im Rohstoffdeal eine solide finanzielle Entwicklung Osttimors behindere. Und dies, obwohl Australien sich beim Wiederaufbau engagiert. Allerdings erzielte Australien seit 1999 aus den bisher gewonnenen Bodenschätzen einen zehnmal höheren Gewinn als es an Entwicklungsgeldern zur Verfügung stellte (1,7 Millionen US-Dollar pro Tag). Die Regierung Howard beharrte jedoch weiterhin auf den Grundlagen eines völkerrechtswidrigen Vertrages von

1972, der nach der indonesischen Annektierung von Osttimor geschlossen worden war.

Nicht erst seit den jüngsten Disputen zwischen Russland und seinen ehemaligen Satellitenstaaten Ukraine und Georgien wird auch an diesem Fall deutlich, dass der Zugang zu Rohstoffen und dringend benötigten Wirtschaftsgütern bei vielen Regierungen die »guten demokratischen Manieren und Prinzipien« außer Kraft setzt. Es bleibt zu hoffen, dass die Rohstoffausbeutung in der Timor See ökologisch und sozioökonomisch sinnvoll erfolgt und einen wertvollen Beitrag zur demokratischen Existenzsicherung und zu good governance des jüngsten Staates der Welt liefern kann. Zum Ablauf des Moratoriums in 2056 wird Australien wahrscheinlich das Interesse an der Grenzziehung verloren haben, so die Bodenschätze weitestgehend ausgebeutet und keine neuen Vorkommen entdeckt worden sind. Geostrategisch bleibt allerdings die Grenzziehung weiterhin brisant – abhängig von den politischen Entwicklungen der australischen Anrainerstaaten und australischer Regionalmachtsambitionen.

Eine Fassung des Artikels mit ausführlicher Literaturangabe ist demnächst auf den **südostasien**-Seiten unserer Homepage unter <http://asienhaus.de/suedostasien-neu> zu finden

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Uni Duisburg-Essen, Institut für Politik-/ Ostasienwissenschaft, Lehrbeauftragte der Unis Köln und Duisburg-Essen und Vorsitzende von DOTG e.V.